

## **P R O T O K O L L**

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr** der Stadt Burgdorf am **22.08.2019** im Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hann. Tor 1,

18.WP/A-WALV/028

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr  
Beginn vertraulicher Teil: 19:06 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:05 Uhr  
Ende vertraulicher Teil: 19:32 Uhr

---

### **Anwesend:    Vorsitzender**

Plaß, Barthold

### **stellv. Vorsitzender**

Kaever, Volkhard, Dr.

### **Mitglied/Mitglieder**

Apel, Robert  
Dralle, Karl-Heinz  
Frick, Anne  
Kirstein, Lukas  
Meyer, Andreas  
Morich, Hans-Dieter

### **Beratende/s Mitglied/er**

Arand, René  
Meyer, Karl-Heinz

### **Verwaltung**

Baxmann, Alfred	ab TOP 3 bis TOP 8
Borchers, Insa	bis TOP 6
Brinkmann, Jan-Hinrich	bis TOP 6
Herbst, Rainer	
Krause, Julia	
Schewe, Wolfgang	bis TOP 4
Scholz, André	

## **TAGESORDNUNG**

### **Öffentlicher Teil**

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 13.06.2019

3. Mitteilungen des Bürgermeisters
  - 3.1. Anpassungsstrategie für leidende Burgdorfer Stadtbäume  
Vorlage: M 2019 0987
  - 3.2. Aufstellung von „Achtung Kinder“-Verkehrsschildern an der Bushaltestelle Hülptingsen Mitte (Vor den Höfen)  
Vorlage: M 2019 0999
  - 3.3. Passantenbefragung in der Innenstadt  
Vorlage: M 2019 1004
4. Mobilitätskonzept / Verkehrsmengenzählung - Bericht der Firma SHP Ingenieure
5. Antrag auf Fördermittel aus dem Regionalen Gewerbeflächeninvestitionsprogramm (REGIP)  
auf Basis des Entwurfs eines Gewerbeflächenentwicklungskonzepts  
Vorlage: BV 2019 0993
6. Aktueller Sachstand Runder Tisch / Alpha-Variante - Bericht von Herrn Brinkmann
7. Erstellung von Schulwegplänen - Antrag der CDU/FDP-Gruppe im Rat vom 29.05.2019  
Vorlage: A 2019 0979
8. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
  - 8.1. Carsharing für Burgdorf;  
Anfrage der Freien Burgdorfer vom 16.05.2019  
Vorlage: F 2019 0956
  - 8.2. Kurzzeitparken mit einer Sanduhr - Eine gute Idee?  
Vorlage: F 2019 0976
9. Anregungen an die Verwaltung  
  
Einwohnerfragestunde

## Öffentlicher Teil

### **1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

---

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Plaß**, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Herr Berwing und Herr Lentz lassen sich entschuldigen.

#### **Beschluss:**

Die Tagesordnung wird einstimmig wie vorgelegt genehmigt. Der TOP 4 wird in die nächste Sitzung verschoben.

## 2. **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 13.06.2019**

---

**Herr Arand** spricht die Protokollierung der Anfrage zu TOP 9.4 „Rettungspunkte, Einsatz von mobilen Endgeräten“ an. Seiner Meinung nach, sollte diese ausführlicher sein.

**Frau Krause** verweist auf das Antwortschreiben zu der Anfrage. In diesem sollte die Anfrage ausführlich beantwortet sein. **Herr Arand** guckt sich das Schreiben an. Sofern er dennoch eine Ergänzung im Protokoll wünscht, wird er diese schriftlich an die Verwaltung leiten.

*Nachrichtlich über Protokoll:*

*Bis zur Fertigstellung des Protokolls ist keine Ergänzung/Änderung eingegangen.*

### **Beschluss:**

Das Protokoll zur Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr vom **13.06.2019** wird mit 1 Enthaltung und 7 Ja-Stimmen einstimmig genehmigt.

## 3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

---

**Herr Herbst** berichtet, dass es weiterhin Beschwerden zu der Verkehrsführung beim Baugebiet An den Hecken gegeben hat. Daher soll Herr Schewe einen Ausblick auf den derzeit laufenden Straßenausbau geben.

**Herr Schewe** erläutert anhand eines Übersichtsplanes (**Anlage 1**) die Ausbauplanung. Der Ausbau im Potsdamer Winkel sowie in den Stichwegen ist soweit abgeschlossen. Als nächstes soll der nördliche Teil des Weimarer Bogens ausgebaut werden. Der mit der Baufirma abgestimmte Bauzeitenplan sieht vor, dass die Bauarbeiten bis Ende des Jahres abgeschlossen sind.

Die Ausschusmitglieder stimmen **einstimmig** darüber ab, dass die anwesenden Anlieger sich direkt zu diesem Punkt äußern können.

**Ein Anlieger** sagt, dass die derzeit geltende Verkehrsführung zunächst für 6 Monate beschlossen wurde. Er möchte nunmehr ein Fazit ziehen und teilt mit, dass sich der Zustand für die Anlieger im Peiner Weg verschlechtert hat. Lkw-Fahrer missachten das Verbot und fahren trotzdem vom Ostlandring in das Baugebiet An den Hecken ein. Und wenn die Fahrer die erlaubte Strecke über den Weg In den Kämmern nutzen, ist der Einfahrtswinkel in das Baugebiet zu scharf. Da es sich um eine unbefestigte Fahrbahn handelt, staubt es extrem. Seit mehr als 2 Jahren können die Anlieger nicht mehr staubfrei auf der Terrasse sitzen. Daher schlägt er eine konsequente Einbahnstraßenregelung vor, welche er mittels drei Plänen vorstellt.

Da die eine Variante die Rotdornstraße einbezieht, verwirft er diesen Vorschlag, um die Hülptingser nicht mit diesem Verkehr zu belasten. Sein zweiter Vorschlag sieht vor, dass der Baustellenverkehr über die Immenser Landstraße über den Weg In den Kämmern in Verbindung mit dem Hirtenweg in das Baugebiet hineingeführt wird. Die Ausfahrt soll dann über den Peiner Weg zum Ostlandring erfolgen.

**Herr Schewe** teilt mit, dass bei dieser Variante ein Weg einbezogen wird, der sich nicht im städtischen Eigentum befindet. Weiterhin liegen an dieser Strecke ebenfalls Wohnhäuser, wodurch er mit weiteren Beschwerden rechnet. Man müsste zum einen eine Erlaubnis des Eigentümers haben, um den Weg zu nutzen. Zum anderen muss man einen Antrag bei der Verkehrsbehörde stellen. Fraglich ist, ob sich eine neue Umleitung für den Zeitraum der Bauphase noch lohnt.

**Herr Herbst** sichert zu, dass das Thema in der Besprechung mit der Verkehrsbehörde Anfang September angesprochen wird. Fraglich ist, ob der Eigentümer die Nutzung des Weges erlaubt.

**Herr Morich** erläutert, dass eine solche Baumaßnahme Dreck und Staubentwicklung mit sich bringt. Der Straßenausbau ist jedoch in Arbeit und sollte nicht verzögert werden. Das Ende der Ausbuarbeiten ist nunmehr abzusehen.

**Eine Anwohnerin** bittet darum, dass die Schilder an der Einmündung Peiner Weg geprüft werden, da die LKW-Fahrer die Verbotsschilder oftmals übersehen.

Weiterhin wird darum gebeten, dass die Polizei häufiger die Verkehrssituation überprüft.

**Herr Baxmann** teilt mit, dass er die Polizei häufiger im Peiner Weg sieht. Wegen der Baumaßnahme in der Immenser Straße wurde ein Parkverbot eingerichtet. Dies wird von den meisten auch beachtet, so dass die Polizei selten Verstößen nachgehen muss.

**Die Anlieger** des Peiner Weges in der Zufahrt zum Baugebiet widersprechen der Aussage des Bürgermeisters. In ihrem Bereich des Peiner Weges ist nach ihrer Wahrnehmung die Polizei nicht zu sehen.

**Eine Anwohnerin** fragt nach, ob der Smiley auch bei ihnen aufgestellt werden kann. **Herr Herbst** teilt mit, dass es eine Liste gibt, wo die nächsten Aufstellorte aufgeführt sind. Dort kann der Wunsch gerne aufgenommen werden, er weist jedoch darauf hin, dass es dauert, bis der Smiley aufgestellt wird. Zunächst müssen die anderen gewünschten Aufstellorte abgearbeitet werden.

**Herr Plaß** erkundigt sich, bis wann mit einem Ergebnis der Verkehrsbehörde gerechnet werden kann. **Herr Herbst** geht davon aus, dass er in der nächsten Ausschusssitzung im September von dem Ergebnis berichten kann.

**Eine Anwohnerin** möchte wissen, ob der Ausbau tatsächlich bis zum Jahresende abgeschlossen ist. **Herr Schewe** erläutert, dass der Bauzeitenplan in Absprache mit der Firma aufgestellt wurde. Wetterbedingt kann es zu Verschiebungen kommen, das kann man aber nicht einplanen. **Herr Herbst** ergänzt, dass es im Interesse der Baufirma ist, wenn der Plan eingehalten wird. Diese hat kein Interesse daran, dass sich der Ausbau verzögert.

### **3.1. Anpassungsstrategie für leidende Burgdorfer Stadtbäume Vorlage: M 2019 0987**

---

**Herr Arand** möchte wissen, wie viele städtische Bäume es insgesamt im Stadtgebiet gibt, damit man diese ins Verhältnis zu den 99 gefällten Bäumen

setzen kann.

Antwort über Protokoll:

*Im Stadtgebiet sind derzeit 19.714 Bäume im Baumkataster erfasst. Zusätzlich sind bereits 5.883 Bäume an den Feldwegen in den Gemarkungen Ramlingen, Dachtmissen, Weferlingsen und Teilen der Gemarkung Otze aufgenommen. Die Aufnahme der Bäume in den Feldwegen muss in den nächsten Jahren noch fortgesetzt werden.*

Weiterhin erkundigt sich **Herr Arand**, ob die zusätzlichen Arbeiten, wie z. B. die Bewässerung, durch das Personal noch zu leisten sind.

**Herr Herbst** erläutert, dass bei jedem neuen Baugebiet auch dargestellt wird, wieviel Personalbedarf benötigt wird. **Herr Arand** fragt, ob darin auch die extremen Wetterlagen eingeplant sind. **Herr Herbst** antwortet, dass das Personal mittelfristig nicht ausreichen wird. Ob das Personal aufgestockt wird oder aber eine Fremdvergabe der Aufgaben erfolgen muss, wird Thema in den nächsten Jahren sein. Derzeit befindet sich ein Grünflächenkataster in der Aufstellung. Das Baumkataster ist fast fertig. Bei der Pflanzung von Jungbäumen wird die Bewässerung oftmals schon mit ausgeschrieben.

**Herr Arand** bittet darum, dass die Verwaltung rechtzeitig darüber informiert, damit das Personal entsprechend aufgestockt werden kann.

**3.2. Aufstellung von „Achtung Kinder“-Verkehrsschildern an der Bushaltestelle Hülptingsen Mitte (Vor den Höfen)  
Vorlage: M 2019 0999**

---

**Herr Apel** teilt mit, dass seines Erachtens falsche Voraussetzungen als Ausgangspunkt zugrunde gelegt wurden. Die Entscheidung ist Sachfremd und falsch beschrieben und daher seiner Meinung nach nicht ernst zu nehmen. Es wird hier ein sehr hohes Risiko auf die Schulkinder übertragen.

**Herr Herbst** teilt mit, dass sich die Verkehrsbehörde in der Regel vor Ort selbst ein Bild macht, bevor diese entscheidet.

**Herr Kirstein** verweist auf die Schilder, die von Radiosendern zur Verfügung gestellt werden und fragt nach, ob diese aufgestellt werden dürfen. **Herr Herbst** antwortet, dass solche Schilder nicht im öffentlichen Straßenraum aufgestellt werden dürfen, jedoch aber auf Privatgrund.

**3.3. Passantenbefragung in der Innenstadt  
Vorlage: M 2019 1004**

---

**Frau Frick** berichtet von dem Zusammentreffen mit der GMA, wo ein grober Rahmen für eine Befragung festgelegt wurde. Dies ist in der Mitteilungsvorlage zusammengefasst. Neben einer Zufallsbefragung vor Ort, soll zusätzlich auch eine Online-Befragung durchgeführt werden. Wenn diese Ergebnisse vorliegen, kann man weiter diskutieren.

**Herr Arand** fragt nach, ob die Online-Befragung zusätzlich beauftragt werden muss. Dies bestätigt **Herr Herbst** und fragt nach, ob diese Beauftragung erfolgen soll. Dies bejaht **Frau Frick**.

**Herr Herbst** teilt mit, dass der Auftrag für die Befragung durch die GMA entsprechend erteilt wird.

**Herr Apel** bittet darum, dass solche Besprechungstermine im Ausschuss bekanntgegeben werden. Er wäre gerne dabeigewesen. **Herr Herbst** antwortet, dass dies im Ausschuss angesprochen wurde. Es wurde mitgeteilt, dass mit den Antragstellern ein Termin vereinbart wird. Aus dem Ausschuss ist kein Widerspruch gekommen.

Für die Zukunft bittet **Herr Apel** darum, dass die Ausschussmitglieder solche Termine mitgeteilt bekommen, damit man über eine Teilnahme entscheiden kann.

#### 4. **Mobilitätskonzept / Verkehrsmengenzählung - Bericht der Firma SHP Ingenieure**

---

Der Bericht der Firma SHP wird in die nächste Sitzung verschoben.

#### 5. **Antrag auf Fördermittel aus dem Regionalen Gewerbeflächeninvestitionsprogramm (REGIP) auf Basis des Entwurfs eines Gewerbeflächenentwicklungskonzepts Vorlage: BV 2019 0993**

---

**Herr Brinkmann** teilt mit, dass die Presse bereits über seinen Vortrag im Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau (A-USB) berichtet und den Sachverhalt darin gut wiedergegeben hat. Um den Zeitplan für die Antragsstellung der Fördermittel einhalten zu können, wird eine Entscheidung am 10.09.2019 im Verwaltungsausschuss (VA) benötigt. Im A-USB wurden die vorgeschlagenen Standortprüfungen diskutiert. Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wurde dabei nicht gefolgt. **Herr Brinkmann** wirbt jedoch dafür, diese Beschlussempfehlung nochmal zu überdenken. Der Standort „1a – Beinhorn“ ist ideal für einen einzelnen Nachfrager, der die Anbindung an die Autobahn benötigt. Für einen Gewerbepark ist dieser Standort nicht geeignet. Die Erschließung des Standortes „2 a – Nordwest“ ist nicht so einfach, daher wirbt **Herr Brinkmann** für die Prüfung eines weiteren Standortes.

Ein Vorteil vom Standort „Sorgensen – 2 c“ ist, dass dieser nicht im Trinkwassergewinnungsgebiet liegt und zudem im Gegensatz zu Schillerslage eine gute Anbindung an den ÖPNV hätte. Bei der zukünftigen Ausrichtung muss man berücksichtigen, dass immer mehr Arbeitnehmer den ÖPNV nutzen.

**Herr Brinkmann** weist ausdrücklich darauf hin, dass derzeit noch keine konkrete Entscheidung für oder gegen einen Standort getroffen werden muss. Um den Standort Sorgensen nicht schon jetzt als möglichen Standort auszuschließen, stellt **Herr Brinkmann** eine Skizze vor, wie die Bebauung aussehen könnte. Er erläutert, dass es nicht geplant ist, die ganze Fläche in Sorgensen mit

Gewerbebetrieben zu bebauen. Eine reine Wohnbebauung ist dort aufgrund der Nähe zur Umgehungsstraße nur mit Einschränkungen möglich. Der Standort ist jedoch ideal dafür, um Gewerbe und Wohnen zu kombinieren. Jeder Standort bringt Kosten für die Erschließung mit sich. Gerade für die weitere Planung von Gewerbeflächen sind Gutachten vorteilhaft. Insbesondere ein Verkehrsgutachten soll beauftragt werden, wenn die zu prüfenden Flächen vom VA beschlossen wurden. Dadurch erlangt man die Erkenntnis, wieviel zusätzlicher Verkehr durch ein solches Gewerbegebiet entsteht. **Herr Brinkmann** weist darauf hin, dass ein Wohngebiet in der Regel mehr Verkehr als ein Gewerbegebiet auslöst. Ebenso sollen Bodengutachten für die potentiellen Standorte eingeholt werden. Damit soll u.a. die Versickerungsfähigkeit der Böden untersucht werden. Sicherlich können auch vier Standorte geprüft werden. Genaueres müsste mit der Region abgeklärt werden.

**Herr Apel** berichtet, dass die CDU/FDP-Gruppe die Standorte 2 a (Nordwest) und 2 c (Sorgensen) unterstützen wird. Um den Zeitplan halten zu können, sollten für beide Kategorien zwei Alternativen geprüft werden. Daher sollte in der Kategorie 1 auch der Standort Beinhorn geprüft werden. Allerdings nicht als Gewerbepark, sondern als individueller Standort.

Die Ortschaft Sorgensen stellt sich in dem Bereich eher eine Wohnbebauung vor. Aber zum jetzigen Zeitpunkt sollte das Entwicklungspotential durch entsprechende Gutachten ermittelt werden. Die Gutachten könnten auch zu dem Schluss kommen, dass sich das Gebiet eher als Wohnbauland eignen würde. Somit sperrt die Untersuchung keine Wohnbebauung.

Man wird klüger und nicht ärmer und erhält somit eine Grundlage für die spätere Entscheidung. Er wirbt daher für die Flächen 1 a und 1 d als Einzelstandort sowie 2 a und 2 c als Gewerbepark. Der Haushalt der Stadt zwingt dazu, auch die Einnahmeseite zu betrachten. Deshalb muss auch die Gewerbeentwicklung weiter verfolgt werden. Bei den Untersuchungen werden auch Restriktionen aufgezeigt, was Erkenntnisse für die spätere Entscheidung bringt.

**Herr Dr. Kaefer** berichtet, dass der Vorschlag 4 Gebiete zu prüfen, aus dem A-USB als Kompromiss gekommen ist. Der Standort 1a – Beinhorn sollte geprüft werden. Allerdings sollte seiner Meinung nach eine Prüfung von Standort 2c – Sorgensen nicht erfolgen.

**Herr Kirstein** teilt mit, dass ihn der Vortrag von Herrn Brinkmann überzeugt hat. Demnach würde er auch für eine Untersuchung des Standortes Sorgensen tendieren.

**Herr Morich** findet, dass Burgdorf im Vergleich zu Lehrte und Burgwedel in der Gewerbeentwicklung zurückliegt. Daher sind die Überlegungen zu den Entwicklungsflächen sehr wichtig.

**Herr K.-H. Meyer** mahnt, dass man sich über diese Angelegenheit nicht politisch zanken sollte. Um dann einen gemeinsamen Konsens zu finden, kostet es Zeit. Sicherlich sind die verschiedenen Punkte ausführlich zu diskutieren, aber nicht im Streit.

Es wird vorgeschlagen, dass über die vier in Frage stehenden Standorte einzeln abgestimmt wird. **Herr Brinkmann** teilt mit, dass er sich mit der Region in Verbindung setzt und die Untersuchung von vier Standorten abklärt. Über das Ergebnis würde er im VA berichten. **Frau Borchers** ergänzt, dass 100.000 € Fördermittel in Aussicht stehen. Sicherlich kann man drei Standorte damit intensiver prüfen, aber auch ein vierter Standort sollte machbar sein.

**Herr A. Meyer** stellt fest, dass – sofern bei den Prüfungen ein Standort früh

rausfällt – für die anderen Standorte das Geld weiterhin zur Verfügung steht.

**Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr stimmen einzeln über die Standorte ab und geben folgende empfehlende Beschlüsse ab:**

Für folgende Flächen sollen weitere Untersuchungen hinsichtlich einer künftigen Entwicklung erfolgen:

1. Standort 1 a (Beinhorn) als Einzel-/Sonderstandort - **einstimmig** beschlossen
2. Standort 1 d (Ehlershausen) als Einzel-/Sonderstandort - **einstimmig** beschlossen
3. Standort 2 a (Schillerslage) als Gewerbepark  
An dieser Abstimmung nimmt Herr Plaß nicht teil. Die übrigen Ausschussmitglieder stimmen mit 7 Jastimmen **einstimmig** für diesen Standort
4. Standort 2 c (Sorgensen) als Gewerbepark – mit 6 Jastimmen, 1 Neinstimme und 1 Enthaltung **mehrheitlich** beschlossen

**6. Aktueller Sachstand Runder Tisch / Alpha-Variante - Bericht von Herrn Brinkmann**

---

**Herr Brinkmann** verweist auf seine letzte Mitteilungsvorlage M 2019 0965 zum runden Tisch. Aktuell gibt es keine neuen Erkenntnisse, über die er berichten kann. Ende Oktober findet der nächste runde Tisch statt. Die Stadt Lehrte hat erreicht, dass sich die Abgeordnete Frau Dr. Flachsbarth für sie einsetzt. Daraufhin hat die Stadt Lehrte zwei Anschreiben erhalten. Seiner Meinung nach widersprechen sich diese beiden Schreiben. Der Erkenntnisgewinn aus diesen beiden Schreiben ist daher eher gering. **Herr Brinkmann** wird den Sachstand weiterhin verfolgen.

**Herr K.-H. Meyer** findet, dass die Informationen immerhin die Erkenntnis bringen, dass man im Verfahren ist. Erst vor kurzem hat die BIOS eine neue Zählung durchgeführt. Dabei wurde festgestellt, dass sich die Anzahl der Güterzüge verringert hat. Mit diesen Zähldaten hat man eine verlässliche Grundlage. **Herr Meyer** stellt die Zähldaten zur Verfügung. Diese sind als **Anlage 2** dem Protokoll beigefügt. Herr Meyer bedankt sich bei Herrn Brinkmann für die Ausführungen. Auch wenn es nur wenige Informationen sind, bittet er um regelmäßige Vorstellung im Ausschuss.

**Herr Brinkmann** bietet an, dass man ihn bei konkreten Fragen zu dem Thema im Büro aufsuchen darf. Oftmals sind es Fragen, die ein einzelnes Ausschussmitglied beantwortet haben möchte. In diesen Fällen ist es für ihn einfacher, die Antworten direkt zu geben.

**7. Erstellung von Schulwegplänen - Antrag der CDU/FDP-Gruppe im Rat vom 29.05.2019  
Vorlage: A 2019 0979**

---



**Herr Apel** erläutert den Antrag, welcher das Ziel einer Schulwegsicherung hat. Die Schulwegpläne sollen der Prävention dienen. Seiner Meinung nach können die Schulen allein diese Aufgabe nicht bewältigen. Es sollte eine Zusammenarbeit der Verwaltung mit Schulen und der Polizei sein.

**Frau Frick** befürwortet diesen Antrag. Sie verweist auf ein Beispiel aus Wennigsen. Hier wurden in einem Plan die Schulwege markiert und zudem die Gefahrenpunkte. Dort wurde der Plan in Zusammenarbeit mit dem ADFC aufgestellt.

**Herr Dr. Kaever** möchte wissen, wie konkret der Plan sein sollte. Es gibt viele Wege, die die Schüler nutzen. Er fragt, ob dann nur die Hauptwege aufgeführt werden, damit der Plan nicht zu unübersichtlich wird. **Herr Apel** verweist auf das Muster aus Wennigsen. Wichtig wäre, dass alle Gefahrenzonen beschrieben werden, damit man diese mit den Schulkindern besprechen kann.

**Herr Dr. Kaever** stellt fest, dass ein solcher Plan nicht zu kompliziert sein darf. Er stellt die Frage, wer diese Aufgabe leisten soll. **Frau Frick** antwortet, dass die Schulen in die Erstellung des Planes eingebunden werden müssen.

**Herr Herbst** teilt mit, dass die Erstellung eines solchen Planes problematisch ist, da keine personellen Kapazitäten frei sind. Er erläutert, dass aus der Politik in der letzten Zeit 10 Anträge und 14 Anfragen gestellt wurden, die allein seinen Fachbereich betreffen. Teilweise ist die Beantwortung bzw. die Abarbeitung sehr zeitaufwendig. Es gibt Bundesländer, wo die Erstellung von Schulwegplänen gesetzlich den Schulen zugeordnet ist. Eine solche Regelung gibt es in Niedersachsen aber nicht. Seitens der Region gab es mal ein Treffen mit den Schulen, wo solche Schulwegpläne diskutiert wurden. Bei den Schulen stand eine solche Aufgabe jedoch nicht an oberster Stelle. **Herr Herbst** stellt abschließend fest, dass die Erstellung von Schulwegplänen mit dem derzeitigen Personal nicht leistbar ist.

In dem Zusammenhang teilt **Herr Herbst** mit, dass der Unfall in der Gartenstraße / Vor dem Celler Tor nunmehr bei einer Besprechung mit der Verkehrsbehörde und der Polizei thematisiert wurde. Es soll seitens der NLStBV geprüft werden, ob und wie die Markierung geändert werden kann, um die Kreuzung sicherer zu machen. Eine solche Maßnahme ist zwar nicht präventiv, aber die Vorgaben der StVO und die Verwaltungsvorschriften zur StVO lassen den zuständigen Behörden oft nur Handlungsspielräume, wenn es ein entsprechendes Unfallgeschehen gibt.

**Herr Arand** verweist auf das Radverkehrskonzept, welches überarbeitet werden soll. Er fragt nach, ob die Erstellung der Schulwegpläne in dem Rahmen erfolgen kann. **Herr Herbst** antwortet, dass dabei erstmal nur eine Bilanzierung erfolgen soll, aus der hervorgehen wird, was bisher umgesetzt wurde. Sicherlich ist es sinnvoll, diese beiden Aufgaben zusammen zu betrachten. Allerdings müsste man dann auch die neuen Schulstandorte berücksichtigen. Dazu zählt auch eine Verkehrsmengenzählung. Für eine solche kompakte Maßnahme steht jedoch kein Personal zur Verfügung. Deshalb sollte auch SHP über diese Aufgabe in der nächsten Sitzung berichten.

**Herr Apel** kann die Einwände von Herrn Herbst nachvollziehen. Eine ganzheitliche Betrachtung ist sicherlich sinnvoll. Zunächst sollte man aber die Sensibilisierung in den Schulen erreichen. Dazu wäre die Erstellung von Schulwegplänen ein kleiner Baustein, der später in das Gesamtkonzept hineinfließen kann.

**Herr Kirstein** fragt nach, ob die Verschiebung des Antrages in die nächste Sit-

zung sinnvoll wäre, damit die Informationen der Firma SHP in die Entscheidung einfließen können. **Herr Apel** ist der Meinung, dass die Gefahr besteht, dass dieser Baustein in der Gesamtheit untergeht. Er findet, dass die Erstellung von Schulwegplänen als Einzelkonzept zunächst vorangetrieben werden soll. Der Kontakt zwischen den Schulen und der Verwaltung sollte hergestellt werden.

**Herr Morich** findet, dass die Schulwegsicherung ein wichtiges Thema ist. Viele Kinder werden mit dem Auto zur Schule gebracht, was er nicht befürwortet. Die Idee der Schulwegpläne findet er gut.

**Herr Dr. Kaefer** erinnert an den runden Tisch zum Radverkehrskonzept. Vielleicht ist ein solches Treffen auch hier sinnvoll. Man kann dabei erste Erkenntnisse sammeln.

**Frau Frick** findet, dass heutzutage alle Kinder sicher in die Schule kommen sollten. Schulwegpläne müßten daher laufend aktualisiert werden. Man sollte daher die Voraussetzungen für einen solchen Plan ermitteln. **Herr Herbst** antwortet, dass man dafür ein Mobilitätskonzept benötigt, in dem der Ist-Zustand erfaßt wird. Bei dem runden Tisch werden auch die Schulen eingeladen. Die nächste Einladung zum runden Tisch Radverkehr sollte unter dem Stichwort „Schulwegsicherung“ erfolgen. Auch der ADFC wird zu dieser Sitzung grundsätzlich eingeladen. Dort sollte dann das Interesse bei den Beteiligten abgefragt werden. Die Verwaltung kann sicherlich als Ansprechpartner fungieren, aber nicht den vollständigen Auftrag allein abarbeiten.

Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr stimmen mit 7 Jastimmen und 1 Enthaltung **einstimmig** für folgenden empfehlenden

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird mit der Erstellung von Schulwegplänen beauftragt.

## **8. Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

---

### **8.1. Carsharing für Burgdorf; Anfrage der Freien Burgdorfer vom 16.05.2019 Vorlage: F 2019 0956**

---

**Herr Kirstein** bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage. Er bittet darum, dass, sofern Firmen mit Carsharing Angeboten an die Verwaltung herantreten, diese Informationen, z. B. im Rahmen einer Mitteilungsvorlage, an die Ratsmitglieder weitergegeben werden.

### **8.2. Kurzzeitparken mit einer Sanduhr - Eine gute Idee? Vorlage: F 2019 0976**

---

Es werden keine weiteren Fragen zu dieser Anfrage gestellt.

## 9. Anregungen an die Verwaltung

---

**1. Herr Meyer** übergibt der Verwaltung eine Anfrage mit der Bitte um Beantwortung. **Frau Krause** nimmt diese entgegen und wird sie der Hauptabteilung weiterleiten.

**2. Herr Arand** erinnert an die Information des Unkrautbewuchses in der Memeler Straße / Sudetenstraße. Wahrscheinlich wissen die meisten Anlieger gar nicht, dass sie für die Reinigung des Gehweges verantwortlich sind. Er fragt daher nach, wie die Verwaltung über die Pflichten der Grundstückseigentümer informiert.

**Herr Herbst** antwortet, dass regelmäßig Pressemitteilungen veröffentlicht werden. Weiterhin findet man eine entsprechende Information auf der Internetseite der Stadt Burgdorf. Vielleicht besteht auch die Möglichkeit, diese Information über die Grundsteuerbescheide zu verbreiten. Er schätzt jedoch, dass das Problem eher damit zusammenhängt, dass die Bevölkerung älter wird und viele diese Aufgabe nicht mehr leisten können.

Ansonsten ist das Ordnungsamt für solche Fälle zuständig, das die Anlieger entsprechend kontaktiert. Allerdings werden zunächst Angelegenheiten abgearbeitet, wo die Verkehrssicherheit beeinträchtigt wird.

**3. Herr Morich** berichtet von einem Neubauvorhaben im Münchhausenstieg Ecke Scharnhorststraße. Es wurden Beschwerden an ihn herangetragen, dass sich das Grundstück zu einer Müllkippe entwickelt. **Herr Herbst** teilt mit, dass dies der Bauordnungsabteilung weitergeleitet wird.

### Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde sind keine Einwohner mehr anwesend.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin